

„Bei psychischer Erkrankung zurück ins Heim?“ – Landesverband sozialpsychiatrischer Einrichtungen lud zur Debatte

Nötig sind eine neue Debattenkultur und eine Rückkehr zur Partnerschaft aller Akteure, die für und mit Menschen mit Behinderungen arbeiten: Mit diesem Ergebnis endete eine Podiumsdiskussion, zu der der Landesverband sozialpsychiatrischer Einrichtungen in Schleswig-Holstein eingeladen hatte. Mit dabei waren die Vertreter: des Städteverbandes Schleswig-Holstein, Alfred Bornhalm, des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Dr. Johannes Reimann, und Waldemar Kunkat vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Für den Verband saß der Eckhard Drews, Geschäftsführer der tohus gGmbH, auf dem Podium. Der Verband, der Anbieter von Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen vertritt, beklagt, dass durch die Kündigung des Landesrahmenvertrages, der die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen regelt, ein Spalt zwischen Kreisen, Städten und Anbietern von Hilfen entstanden ist. Die Kreise hatten den Vertrag Ende 2010 einseitig gekündigt. Seither finden Verhandlungen zwischen Kommunen und den privaten sowie frei-gemeinnützigen Anbietern von Hilfen statt, bisher allerdings ohne Ergebnis.

Eckart Drews warnte davor, die Hilfen für Behinderte und deren Eingliederung in die Gesellschaft vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten: „Denn was wäre die Folge, wenn die Menschenrechte für Behinderte zu teuer werden oder die Eingliederungshilfe ihr Budget sprengt? Sparen wir dann ein paar Menschenrechte ein?“

Die Vertreter der Kommunen machten deutlich, dass dies weder der Lage im Land noch der Absicht der Beteiligten entspräche: „Die Menschen mit Behinderung stehen im Mittelpunkt“, so Reimann. Das bedeute aber nicht, die Kosten für die „bürokratischen Strukturen der Anbieter“ zu übernehmen. Kunkat erinnerte daran, dass Schleswig-Holstein Vorreiter bei der Inklusion gewesen sei. Er wünschte sich eine Verbesserung der Debattenkultur: Angesichts der Tatsache, dass die Kosten für Eingliederungshilfe ständig steigen, sei die Polarisierung – hier die Kommunen, die nur auf Geld achten, dort die Anbieter, die die Lage der Betroffenen im Blick hätten – nicht sinnvoll. Alfred Bornhalm berichtete von Kieler Modellprojekten, um Menschen mit Behinderungen stärker einzubeziehen. Er rief alle Akteure von Verbänden, kommunaler Politik und Verwaltungen dazu auf, lokal zusammenzuarbeiten und Lösungen zu finden.

An der folgenden Debatte zum Thema „Zurück ins Heim – ambulante Betreuung und Inklusion vor dem Aus?“ beteiligten sich auch viele der gut 150 Gäste in der Sozialkirche St. Matthäus, Kiel. Bernd Seguin, ehemals NDR-Redakteur Bereich Sozial, moderierte. Unter anderem schilderten Beschäftigte der ambulanten Dienste, dass das Abrechnungsverfahren zu wenig Zeit für die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit psychischen Erkrankungen lasse. „Man rennt wie im Hamsterrad von einem zum anderen“, sagte Wolfgang Faulbaum-Decke, Geschäftsführer der Brücke Schleswig-Holstein.

Kay Nernheim, Vorsitzender des Landesverbandes und Geschäftsführer der Evangelischen Stadtmission, zeigte sich zufrieden mit der Veranstaltung: „Mit 80 Teilnehmenden haben wir gerechnet, fast doppelt so viele sind hierher zu uns in die Sozialkirche gekommen. Das zeigt, wie wichtig es vielen Menschen aus dem sozialpsychiatrischen Bereich ist, dass wir mit den Kommunen wieder ins Gespräch kommen.“